

INDONESIEN

HINTERGRUND: DIE ERFAHRUNGEN AUS DER FINANZKRISE VON 1997/98

Die asiatische Finanzkrise von 1997/98 hatte Indonesien besonders schwer getroffen. Erst mit dem Jahr 2006 waren ihre Auswirkungen weitestgehend überwunden und Indonesien verzeichnete wieder eine positive Wirtschaftsentwicklung. Insbesondere der Vertrauensverlust in den instabilen Finanz- und Bankensektor, der damals zu einem *bank run* und einem Absturz des Bruttosozialprodukts geführt hatte, ist den über Eigentum und Einkommen verfügenden Bevölkerungsschichten nachhaltig in Erinnerung geblieben. Diese Erfahrungen haben zu der Erkenntnis geführt, dass die Kosten einer *Laisser-faire*-Politik bei weitem höher sind als die Kosten, die aus einem massiven Vertrauensverlust in den Bankensektor erwachsen. Die indonesische Regierung zog daraus die Konsequenz, alle wirtschafts- und finanzpolitischen Mechanismen zu nutzen, um die Stabilität und die Funktionalität der Finanzmärkte während der aktuellen globalen Finanzkrise zu garantieren.

DIE REGIERUNGSPPOSITION

Indonesien ist sich seiner gewachsenen internationalen Bedeutung durchaus bewusst. Als noch junges Mitglied im Kreis der G20 agiert das Land mit der weltweit viertgrößten Bevölkerung zwar noch verhalten und eher beobachtend als proaktiv. Dennoch betont die Regierung um Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono, sie erachte den Kreis der G20 als das passendste und erfolgversprechendste internationale Instrument zur Überwindung der aktuellen sowie zur Prävention kommender globaler Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Indonesien hat sich in den vergangenen Monaten durchaus positioniert und seine – auch hinsichtlich des Gipfels in Pittsburgh noch aktuellen – Vorstellungen gegenüber den anderen G20-Staaten zum Ausdruck gebracht. Hierbei setzt sich die indonesische Regierung besonders für eine Einbeziehung der Nicht-G20-Staaten in die international koordinierten Aktionen der G20 ein, vor allem um „*beggar-thy-neighbor*“-Situationen vorzubeugen.

Indonesien hat vorgeschlagen, das G20-Programm zur konzertierten Bekämpfung der globalen Finanzkrise in Form kurzfristiger sowie langfristiger Maßnahmen und Kooperationen umzusetzen. Hierbei sollen die kurzfristigen Maßnahmen die Wiederherstellung von Vertrauen in die Finanzmärkte unterstützen und die unmittelbaren Auswirkungen der Krise eindämmen. Das Paket beinhaltet Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität des weltweiten Finanzsystems, zur Budgetfinanzierung für Entwicklungsländer (um kontrazyklische Politiken zu unterstützen, die ein stetes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern garantieren sollen), zur Notfall-Soforthilfe für angeschlagene Konzerne (um einen Kollaps des internationalen Handels zu vermeiden) sowie Banken (um Panik in der Bevölkerung aufgrund eines *bank run* vorzubeugen), zur Linderung der Auswirkungen für arme und ärmste Bevölkerungsschichten (indem jeder Staat ein Netz von sozialer Grundsicherung implementiert) und zur adäquaten Mittelausstattung der internationalen Entwicklungsbanken.

Das Paket der langfristigen Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems beinhaltet an erster Stelle die Forderung nach Regu-

larien und Regulatoren zur kontrollierten Entwicklung und Erneuerung des globalen Finanzsektors, jedoch unter Berücksichtigung und Förderung der notwendigen Flexibilität, die die Märkte hierzu benötigen. Aus indonesischer Sicht muss die künftige Architektur der Finanzmärkte eine langfristige Balance zwischen den Interessen privater Anbieter und denjenigen der Endverbraucher von Finanzprodukten bzw. -dienstleistungen sowie den Regulatoren garantieren. Ein anderer zentraler Aspekt besteht für Indonesien im Missverhältnis zwischen globalen Ereignissen und der souveränen Politikgestaltung von Nationalstaaten, die heute nicht mehr in der Lage sind, autonom auf weltweites Geschehen zu reagieren. Als Konsequenz hält die indonesische Regierung eine umfassende *governance reform* der multilateralen Institutionen für dringend erforderlich. Diese müssen künftig die neuen weltwirtschaftlichen Konstellationen mit ihren wachsenden Märkten besser reflektieren. In diesem Zusammenhang fordert Indonesien auch offene, transparente, kompetitive und herkunftslandunabhängige Selektionsprozesse zur Besetzung von Managementpositionen in multilateralen Organisationen.

Für den Gipfel in Pittsburgh will die indonesische Regierung nun einen Drei-Punkte-Plan im Rahmen ihrer *exit strategy* präsentieren, der sich auf folgende Aspekte konzentriert: die Stärkung der Rolle des IWF, eine Verbesserung der Aufsicht von Finanzinstituten sowie den Appell an die Industrieländer zur Errichtung einer neuen Entwicklungsagentur komplementär zum IWF. Diese alternative Agentur soll als *standby agent* fungieren, während der IWF-Mechanismus Notfallsituationen abdeckt. Dass gerade Indonesien eine stärkere Rolle des IWF wünscht, ist durchaus bemerkenswert, da im Zuge der Krise 1997/98 kein Land so stark unter den inadäquaten Vorgaben des IWF zu leiden hatte wie Indonesien. Nun hat auch der IWF Konsequenzen gezogen und kürzlich 2,7 Milliarden US-Dollar zur Stützung der indonesischen Währungsreserven ohne striktes Monitoring bereitgestellt.

STIMMUNGSBILDER AUS DEN FORSCHUNGSINSTITUTIONEN

Das Gros der indonesischen Wirtschaftsexperten geht derzeit nicht davon aus, dass es auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh zu richtungsweisenden Entscheidungen kommen wird. Hierfür sind die meisten der teilnehmenden Staaten immer noch viel zu sehr mit den Auswirkungen der Krise im eigenen Land beschäftigt. Dennoch oder gerade deswegen sollte Indonesien seiner Rolle als Sprecher der Entwicklungsländer deutlicher nachkommen, um den Blickwinkel der reichen Industrieländer innerhalb der G20 stärker auf die Probleme der Entwicklungsländer zu richten, so die Meinung eines Wirtschaftswissenschaftlers des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) in Jakarta (*Xinhua*, 01.09.09).

Zugleich müssen Indonesien und andere Entwicklungsländer, so ein Vertreter des *Institute for Development, Economy and Finance*, sich vehementer für eine verbesserte Architektur der internationalen Finanzmärkte einsetzen. So sollten beispielsweise die Industrieländer nur noch Hypothekendarlehen mit einer klar definierten Grundhaftung vergeben. Es sei wichtig, dass künftig eine permanente Überwachung des globalen Finanzsystems garantiert werde und die Zentralbanken der Entwicklungsländer sich zu gemeinsamem Handeln entschließen würden. Die *Indonesian Employers Association* (APINDO) stellt zudem fest, dass es momentan keine klaren Erkenntnisse darüber gebe, ob es in den Industrieländern 2010 zu negativem oder doch positivem Wirtschaftswachstum kommen werde. Für die Entwicklungsländer sei diese Situation besonders schwierig, da nahezu alle potenziellen Investoren sich extrem zurückhielten und auf positive Signale aus den entwickelten Nationen warteten.

Mit einem gewissen Stolz verweisen die Wirtschaftsexperten darauf, dass in einer Atmosphäre der weltwirtschaftlichen Stagnation einzig China, Indien und Indonesien ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aufweisen. Für Indonesien werden immerhin fünf bis sechs Prozent Wachstum erwartet. Offensichtlich hat das Land aus den fatalen Erfahrungen der Krise 1997/98 gelernt und es geschafft, das Ver-

trauen der über Eigentum und Einkommen verfügenden Schichten in den inländischen Banken- und Finanzsektor zu erhalten. Immerhin hat die Regierung ein 6,2 Milliarden US-Dollar umfassendes Stimuluspaket für die einheimische Wirtschaft auf den Weg gebracht, das hauptsächlich für große Infrastrukturmaßnahmen Verwendung findet. Zugleich weist die indonesische Wirtschaft einen relativ hohen Selbstversorgungsgrad auf und hat sich deshalb als weniger verwundbar erwiesen als die großen Export- und Importnationen. Viele Indonesier sind sich dieser Entwicklung durchaus bewusst, so dass heute insbesondere in Regierungsstellen und im politischen Leben des Landes eine Art neuer Nationalstolz spürbar ist, der sich am einfachsten mit der Aussage „Indonesien braucht keine ausländische Hilfe“ auf den Punkt bringen lässt.

STIMMUNGSBILD IN DER BEVÖLKERUNG

In der breiten Bevölkerung Indonesiens nimmt man vom G20-Geschehen wenig bis keine Notiz. Die einheimischen Print- und Rundfunkmedien berichten – wenn überhaupt – nur rudimentär über die Treffen der G20. Nur eine relativ kleine Schicht der 232 Millionen Einwohner umfassenden Bevölkerung weiß überhaupt mit dem Begriff G20 etwas anzufangen und ist sich zudem noch der Mitgliedschaft des eigenen Landes im Kreis der größten Wirtschaftsmächte bewusst.

*Winfried Weck
KAS-Auslandsbüro Jakarta*